„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt unbedingt Berlin bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenthümer für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK“, der beliebten Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.). — Inserate à Zeile 30 Pf. („General-Anzeiger“ 50 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt.

**Nummer 29.** **Berlin, Sonntag, den 17. Januar 1897.** **XXVI. Jahrgang.**

## Politische Wochenschau.

Von
**Arthur Levysohn.**

Länger als ein Vierteljahr hat das Interregnum im russischen Ministerium des Auswärtigen nach dem Tode des Fürsten Lobanow gewährt. Am russischen Neujahrstage ernannte der Zar seinen Gesandten am dänischen Hofe zunächst zum „Verweser“ des Auswärtigen Amtes, eine Auszeichnung, der die endgiltige Bestallung über kurz oder lang überlieferungsgemäß nachfolgen wird. Wenn man in der größeren Oeffentlichkeit über die Berufung des Grafen Murawjew erstaunt war, so scheint man in der diplomatischen Welt die Ernennung dieses Diplomaten seit dem mehrwöchigen Herbstaufenthalt Kaiser Nikolaus II. in Kopenhagen zum Mindesten geahnt zu haben. Die Kanzleien zu Wien und Berlin dürften daher durch die auf den Enkel des Diktators von Wilna gefallene Wahl nicht allzu sehr überrascht worden sein.

Herr Schischkin, der interimistische Verwalter des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten in Petersburg, tritt in den Schatten des Reichsraths zurück. Er nimmt bei seinem Scheiden von der verantwortlichen Stelle vor allem die lebhafteste Anerkennung der französischen Presse mit sich. In Paris erblickte man in diesem Staatsmann die sichtbare Verkörperung der den Franzosen so theuren Kundgebungen von Cherbourg, Paris und Chalons. Anderwärts hatte man nicht so fest wie in Frankreich darauf gerechnet, daß Herr Schischkin dazu ausersehen sein könne, der definitive Erbe des Fürsten Lobanow zu werden. Der etwas dunkle Ursprung dieses fleißigen Mannes ließ ihn namentlich in den Augen höchstgestellter Russen die nöthige Autorität entbehren, die dem Inhaber des Auswärtigen Amtes beiwohnen muß. Herr Schischkin galt der zünftigen Diplomatie Rußlands nicht für „voll“. Er war außer Stande gewesen, bei den Dezembertorkehrungen in Petersburg die von ihm in Paris mit Hanotaux und dem Herzog von Montebello vereinbarten Abmachungen über die der Pforte zu gewährende finanzielle Unterstützung gegen den Einspruch des Botschafters v. Nelidow aufrecht zu erhalten.

Die Diplomatie der Republik sieht ihn denn auch mit einem heiteren, einem nassen Auge scheiden. Alle die Süßigkeiten, über die sie verfügt, bewahrt sie deshalb dem neuen Inhaber des wichtigen Postens auf. Graf Murawjew, der so plötzlich aus dem Dunkel des russischen Gesandtschaftshotels in Kopenhagen zu den lichten Höhen des Auswärtigen Amtes in Petersburg emporgestiegen, verdankt diese Beförderung — darüber sind alle Stimmen einig — vornehmlich der Fürsprache der Kaiserin-Wittwe von Rußland, die schon seit dem Jahre 1893, dem Zeitpunkt, da Graf Murawjew den Posten eines Botschaftsrathes in Berlin mit der selbstständigen Stellung in der dänischen Hauptstadt vertauscht, die Sonne ihrer Gnade über diesen Diplomaten hatte leuchten lassen.

Es mag sein, daß die Kaiserin-Wittwe und mit ihr der Zar, ihr Sohn, im Grafen Murawjew hauptsächlich den Vertreter der politischen Ideen des verstorbenen Kaisers Alexander III. erblicken. Jedenfalls wird es der neue Minister wohl nicht als „Zudringlichkeit“ auffassen können, wenn die halbamtliche deutsche Presse seine angeblichen Antipathien gegen Deutschland mit aller ihr zu Gebote stehenden Lungenkraft in Abrede zu stellen sich bemüht. Der neue Minister des Aeußern besitzt, wie man weiß, eine starke satirische Ader und einen scharfen Geist der Beobachtung. Die „korrekten“ Beziehungen, die zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg bestehen, werden voraussichtlich durch den gegenwärtigen Inhaber des Auswärtigen Amtes nicht alterirt werden, selbst wenn seine französischen Neigungen noch ausgeprägter wären, als sie dies in der That sind. Wie es schon öfters vorgekommen, daß ein Liberaler, wenn er Minister wurde, deshalb noch kein liberaler Minister gewesen ist, so braucht auch ein franzosfreundlicher Diplomat, wenn er zum höchsten Würde aufsteigt, sich nicht als ein endgiltig deutschfeindlicher Minister zu bewähren.

Da Rußlands Politik gleichzeitig im äußersten Osten und in der Levante Lebensinteressen zu vertreten hat, die mit den Strebungen des deutschen Reichs in keinem wesentlichen Punkte kollidiren, so kann die Reichsregierung in voller Ruhe die Entwickelung der Dinge an der Newa abwarten. Allerdings wird eine aufmerksame Beobachtung der Vorgänge vor und hinter den diplomatischen Kulissen unerläßlich bleiben. Die auf Einladung Kaiser Wilhelms erfolgte Ankunft des gemeinsamen Ministers des Aeußeren für Oesterreich-Ungarn, des Grafen Goluchowski, in Berlin wird ohnehin Gelegenheit zu politischen Aussprachen und Pulsfühlungen darbieten, die, wie nicht zu bezweifeln, aufs Neue von Seiten der beiden so eng verbündeten Mächte die gleichartige Auffassung aller ins Gewicht fallenden politischen Verhältnisse ergeben werden.

Allerdings fiel die Adresse des Grafen Goluchowski in seltsamer Weise mit einzelnen publizistischen Kundgebungen zusammen, die dem Beobachter merkwürdige Strömungen in einem Theile des politischen Publikums des österreichischen Kaiserstaates enthüllten. Ziemlich unerwartet traten Anschauungen zu Tage, wie sie in den Jahren nach 1866 und nach 1870 in jenen Kreisen Cisleithaniens vorherrschten, die sich um die Person des Siegers von Custozza gruppirten. Erzherzog Albrecht war zwar in seinen letzten Lebensjahren ein überzeugter Anhänger des Dreibundes im Allgemeinen und der deutsch-österreichisch-ungarischen Allianz im Besonderen geworden — aber eine Vorliebe für eine Separatverständigung des Wiener Kabinets mit dem Petersburger über die Balkanfragen war ihm bis an sein Lebensende geblieben. Diese Vorliebe scheint in einzelnen, namentlich militärischen Kreisen Oesterreichs auch heute noch mit dem Hintergedanken vorwaltend zu sein, daß es sich für den Kaiserstaat an der Donau empfehlen möchte, den italienisch-deutsch-österreichisch-ungarischen Dreibund durch ein intimeres Verhältniß zwischen Wien-Petersburg-Paris ablösen zu lassen.

Diese Strebungen sind freilich aus der eigentlich amtlichen Atmosphäre in Wien, vornehmlich aber in Budapest, verbannt; aber sie treten für manchen österreichischen „Patrioten“ in um so verlockenderer Gewandung auf, als sie bemüht sind, sich vorerst in den Deckmantel einer der durch Fürst Bismarck so berühmt gewordenen „Rückversicherungen“ zu hüllen. Graf Goluchowski wird ohne Zweifel in Berlin die bündigsten Versicherungen abzugeben vermögen, daß solche Gelüste dem Geiste und dem Gefühl des Kaisers Franz Joseph durchaus fern liegen. Aber die bemerkenswerthe Thatsache, daß derartige Treibereien sich unter Berufung auf den spezifisch österreichischen Patriotismus in Wien an den Tag wagen konnten, wird dadurch nicht ungeschehen gemacht, so kräftig auch die Verleugnung und Abschüttelung jenes publizistischen Organs durch das gemeinsame Auswärtige Amt in Wien gewesen, das sich zum Echo derartiger Ausstreuungen zu machen gesucht hat.

Man braucht nicht in die Geheimnisse der diplomatischen Kanzleien eingeweiht zu sein, um zu ahnen, daß in den staatsmännischen Gesprächen, die in diesen Tagen in Berlin gepflogen wurden, die Balkandinge mit allen Eventualitäten, die sich aus der verfahrenen Lage der Pforte ergeben können, eingehende Erörterung fanden. Deutschland steht diesen Verhältnissen allerdings ziemlich unbetheiligt gegenüber — aber um so schwerer fällt das Gewicht seiner Entschließungen in die Wagschale, was man voraussichtlich weder in Wien noch in Petersburg verkennt. Aber während auf dem europäischen Kontinent das Geheimspiel der Diplomaten lebhafter am Werk ist denn je, hat sich zwischen England und den Vereinigten Staaten ein Uebereinkommen vollzogen, das an der Jahrhundertswende von ganz besonderer Tragweite erscheint. Beide Mächte unterzeichneten einen Vertrag, der für alle Streitigkeiten, die je zwischen ihnen zu entbrennen vermögen, eine vorsichtig abgestufte schiedsrichterliche Entscheidung vorsieht. Diese Neuerung ist gewiß nicht zu unterschätzen, und wenn auch noch die parlamentarische Gutheißung der Uebereinkunft aussteht, so darf man doch mit gutem Fug erwarten, daß sie weder in London noch in Washington versagt werden wird.

Der unendliche kulturelle Fortschritt, der in diesem Schiedsgerichtsvertrag zu Tage tritt, liegt auf der Hand. Es hat der Vorarbeit langer Jahre bedurft, um hüben wie drüben die Gemüther für ein solches Werk empfänglich zu machen. Aber nun es vorliegt, muß man es als einen glänzenden Sieg des gesunden Menschenverstandes freudig willkommen heißen. Wir sind durch diese Uebereinkunft der „Utopie“ des ewigen Friedens um ein gut Stück näher gekommen, und man kann die praktischen Staatsmänner nur beglückwünschen, die es zu Wege brachten, daß zwei große Nationen in dieser Weise auf den Appell an die „ultima ratio“ für ihre gegenseitigen Beziehungen ein für alle Mal Verzicht geleistet haben.

---

* **Aus dem Reichstage.** Die gestrige Sitzung war der Erledigung von Anträgen aus der Mitte des Reichstages heraus gewidmet. Der erste betraf die gesetzliche Regelung der Aufnahme und Unterbringung von Geisteskranken in Heilanstalten. Die nähere Veranlassung zu diesem Vorgehen bildete der zu so schaurigem Ruhme gelangte Alexianerprozeß. Allein der Antragsteller, Herr Lenzmann, verbreitete sich auch in seiner Begründung über eine ganze Anzahl anderer höchst beklagenswerther Vorkommnisse auf diesem Gebiete. Leider glich er nur zu sehr dem Prediger in der Wüste! Der Sitzungssaal bot nämlich einen so trostlos öden Anblick dar, daß man Mühe hatte, zu glauben, einer Parlamentsverhandlung beizuwohnen. Kaum eine Mandel Gesetzgeber war zur Stelle, und doch war der Verhandlungsgegenstand ein sehr ernster und der Theilnahme der Volksvertretung sehr würdiger. Herr Lenzmann sprach äußerst eindringlich und mit dem an ihm gekannten feurigen Temperamente. Wenn trotz der von ihm vorgetragenen überzeugenden Gründe sein Antrag nur in der von dem Abgeordneten Kruse vorgeschlagenen Abänderung angenommen wurde, so geschah dies deshalb, weil man nicht allzu stark in die Verwaltungsbefugnisse der Einzelstaaten eingreifen wollte. Im Ganzen und Großen kann man aus dem Gange der gestrigen Reichstagsverhandlung, namentlich aus der Aeußerung des Herrn Staatssekretärs v. Boetticher, die Hoffnung schöpfen, daß die verbündeten Regierungen dem Antrage Lenzmann oder Kruse gegenüber ein wohlwollendes Entgegenkommen zeigen werden.

Eine Anzahl von Bittschriften, betreffend die Sonntagsruhe und betreffend die Abänderung des Posttarifes für Zeitungen wurden dem Herrn Reichskanzler als Material überwiesen. Ein Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Posttarifes für Zeitungen soll jedoch nach der Erklärung des Telegraphendirektors v. Chapuis schon in der nächsten Session dem Reichstage unterbreitet werden.

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** In der gestrigen kurzen Sitzung ist die dritte Berathung des Volksschullehrerbesoldungsgesetzes begonnen und zu Ende geführt worden. Das Endschicksal des Gesetzes stand im Voraus fest, und es war daher kein sonderlich kluger taktischer Streich von Seiten des Centrums, die Verfassungsfrage in dieser allerletzten Stunde aufzurollen, um womöglich eine nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen herbeizuführen. Wie in aller Welt dieses Lehrerbesoldungsgesetz gegen den Artikel 25 der Verfassung verstoßen soll, der dem Staate doch ausdrücklich die Pflicht auferlegt, subsidiär für die Gemeinden bei der Erfüllung der Volksschule einzutreten ist, schwer ersichtlich. Allein Herrn Oppergelt vom Centrum gelüstete es, noch kurz vor Thoresschluß diese Zweifelsfrage aufzuwerfen. Seine Fraktionsgenossen unterstützten die Ansicht wohl mehr aus Anstandsrücksichten als aus innerster Ueberzeugung. Wenigstens schien dem so zu sein; denn es fehlte die gewohnte Schärfe, welche doch sonst bei derlei Gelegenheiten die Centrumsdialektiker auszeichnet. Wirklich vereinte die große Mehrheit des Hauses die Berechtigung dieses aufgeworfenen Verfassungsbedenkens und nahm den Gesetzentwurf, nachdem noch einmal die Redner auf der linken Seite gegen das den großen Städten zugefügte Unrecht mit aller Entschiedenheit protestirt hatten, mit einigen wenigen Aenderungen gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung an.

---

## Das Ende des Hamburger Streiks in Sicht?

In dem Hamburger Streik scheint endlich eine ernsthafte Wendung zum Besseren eingetreten zu sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in direkte Friedensunterhandlungen eingetreten. Wie bereits im gestrigen Abendblatt gemeldet, hatte der Arbeitgeberverband ein Schreiben an Döring, den Vorsitzenden der Schauerleute, gerichtet, dem zufolge er bereit ist, die Arbeiter zu „hören“. Er ordnete drei Mitglieder, den Kohlenimporteur Heidmann, den Vorsitzenden des Vereins der Ewerführerbaase, Graumann, und den Aufsichtsrath der Packetfahrt, Tietgens, zu einer um 2½ Uhr abzuhaltenden gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeitgeber und Arbeiter im Saal der Handelskammer ab. Die Konferenz hat stattgefunden. Ueber das Resultat sendet uns unser Hamburger T-Korrespondent folgendes Privat-Telegramm:

Soeben ist die fast dreistündige Verhandlung zwischen den drei Vertretern der Arbeitgeber und den sieben Delegirten der Streikenden beendet. **Es ist zwar noch kein Beschluß gefaßt,** trotzdem ist die Berathung nicht resultatlos verlaufen, indem die **Sachlage bedeutend geklärt** und die Verständigung einen Schritt weiter gebracht ist. Beide Parteien beharrten vorläufig noch auf ihrem Standpunkt. Die Verhandlung wurde in den **Formen der größten Höflichkeit** geführt. Die Arbeitgeber sprachen ihre Befriedigung aus, diesmal mit **wirklichen Arbeitern,** nicht mit Reichstagsabgeordneten zu verhandeln. In den nächsten Tagen ist ein Abschluß der Verhandlungen wahrscheinlich. Die Arbeitnehmer sind von dem Ergebniß der Verhandlung durchaus befriedigt.

In der That liegt ein baldiger Friedensschluß für den das „Berliner Tageblatt“ von Anfang an energisch eingetreten ist, im Interesse beider Theile. Der Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter übt auf die Arbeiterbewegung in ganz Deutschland die fühlbarste Rückwirkung. An den Geldsammlungen für die streikenden Hafenarbeiter betheiligen sich sämmtliche Gewerkschaften, einzelne der besser fundirten Gewerkschaften haben sogar den Ausständigen Darlehen bewilligt und sind deshalb indirekt an dem Ausgang des Streiks ganz wesentlich interessirt. In Berlin kann man am besten beobachten, welchen großen Einfluß der Hafenarbeiterstreik hat. Im vorigen Winter fanden fast täglich Dutzende von Arbeiterversammlungen statt, in denen nur von bevorstehenden Ausständen die Rede war. In diesem Winter ist es ganz still; fast keine Gewerkschaft, selbst nicht die der Metallarbeiter, welche sich schon längere Zeit auf einen Frühjahrsstreik vorbereitet hatte, denkt daran, vor Beendigung des Hafenarbeiterstreiks in einen Ausstand einzutreten. Viel trägt auch hierzu bei, daß die Kassen der Gewerkschaften durch die Ausstände des vergangenen Jahres geleert worden sind und die Sammlungen für die Hamburger alle Kräfte in Anspruch nehmen. Viele der älteren Arbeiter sind mehr und mehr zu der Einsicht gekommen, daß die Streiks ein zweischneidiges Schwert sind und den Arbeitern einen dauernden Nutzen und Frieden mit den Arbeitgebern nicht sichern. In dieser Beziehung sind die großen Ausstände in Koltbus, Lauterbach am Harz, der Hafenarbeiterausstand und der Konfektionsarbeiterstreik von hoher Bedeutung gewesen. Die Kosten und Verluste bei diesen Ausständen gehen für beide Theile in die Millionen und sind auf Jahr und Tag nicht wieder auszugleichen. Einzelne der Gewerkschaften haben sich durch Ausstände so in Schulden gestürzt und ihre Organisation geschädigt, daß noch geraume Zeit vergehen wird, ehe der Schaden wieder gut gemacht ist.

In einigen der letzten Versammlungen trat die Ansicht zu Tage, daß die Gewerkschaften in Deutschland im Gegensatz zu England zu sehr von der politischen Partei beeinflußt werden, wodurch in den meisten Fällen eine gedeihliche Entwickelung der Gewerkschaften gehemmt wird. Die deutschen Gewerkschaften, so wurde ausgeführt, bilden mit wenigen

**Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 3.**